



THEMEN

KURZBERICHT

- Gute Halbjahresbilanz trotz Corona
- BVI bestätigt Fondsombudsmann Wolfgang Arenhövel im Amt
- Hinweis zur Corona-Krise

AKTUELLE VERBRAUCHERTHEMEN

- Einigung über die ersten EU-weiten Regeln für kollektive Rechtsbehelfe

RECHT & GESETZ

- Streitbeilegung: EuGH konkretisiert Informationspflichten

NOTIZEN

- Neue Schlichterin für die Rechtsanwälte



Netzwerk der Schlichtungsstellen für Finanzdienstleistungen

KURZBERICHT

GUTE HALBJAHRESBILANZ TROTZ CORONA

Die Ombudsstelle für Investmentfonds kann trotz der Corona-Krise und ihren weitreichenden Folgen für die Finanzmärkte eine zufriedenstellende Halbjahresbilanz ziehen.

Die Zahl der Verbrauchieranfragen und -beschwerden zur Geldanlage und Altersvorsorge mit Investmentfonds nach dem Kapitalanlagegesetzbuch liegt im ersten Halbjahr 2020 exakt auf Vorjahresniveau.

Von Januar bis Juni haben sich 47 Verbraucher bei uns gemeldet. Hiervon entfielen 20 Verbraucheranfragen- und beschwerden auf das 1. und 27 auf das 2. Quartal.

Zahlen im Überblick

Berichtsjahr	2016	2017	2018	2019	1. Hj. 2020
Eingänge	80	91	90	91	47

Im Vordergrund der Beschwerden standen im ersten Halbjahr fondsbasierte Altersvorsorgeverträge und Depotthemen; in vereinzelt Fällen als unmittelbare Folge der Corona-Krise. So beschwerten sich Verbraucher z.B. darüber, dass einige Fondsrüster-Anbieter aufgrund der rasanten Kurseinbrüche an den Börsen Wertsicherungsmaßnahmen bei ihren Altersvorsorgeverträgen vorgenommen haben.

Weitere Einzelheiten eines Berichtsjahres schildern wir in unseren Tätigkeits- und Jahresberichten.

BVI BESTÄTIGT FONDSOMBUDSMANN WOLFGANG ARENHÖVEL IM AMT



Der BVI hat Wolfgang Arenhövel, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen a.D., für weitere drei Jahre im Amt des Fondsombudsmanns bestätigt. Das neue Mandat läuft bis 2023. Die Bestellung erfolgte mit Zustimmung des Bundesamts für Justiz und dem Verbraucherzentrale Bundesverband. Arenhövel hatte im letzten Jahr die Leitung der Ombudsstelle als verantwortlicher Schlichter von seinem Vorgänger Dr. h.c. Gerd Nobbe übernommen.

HINWEIS ZUR CORONA-KRISE

Die Ombudsstelle steht Fondsanlegern trotz Corona-Krise selbstverständlich weiterhin uneingeschränkt als Ansprechpartnerin bei Beschwerden über ihre Geldanlage und Altersvorsorge in Fonds zur Verfügung. Im Einzelfall kann es aufgrund der aktuellen Lage u.U. zu etwas längeren Bearbeitungszeiten der Beschwerden bei den Finanzinstituten kommen. Hierfür bitten wir um Verständnis.

AKTUELLE VERBRAUCHERTHEMEN

EINIGUNG ÜBER DIE ERSTEN EU-WEITEN REGELN FÜR KOLLEKTIVE RECHTSBEHELFE

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrates haben am 22.6.2020 eine Einigung über die ersten EU-weiten Regeln für kollektive Rechtsbehelfe, sog. Sammelklagen, erzielt. Die neuen Regeln sollen ein harmonisiertes Modell für Sammelklagen in allen Mitgliedsstaaten einführen und Verbraucher besser vor Massenschadensereignissen schützen. Gleichzeitig sollen durch angemessene Garantien missbräuchliche Klagen vermieden werden.

Das Plenum des EU-Parlaments und der EU-Ministerrat müssen nun der politischen Einigung noch zustimmen. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Die Mitgliedsstaaten haben dann 24 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und weitere sechs Monate, um sie anzuwenden.

RECHT & GESETZ

STREITBEILEGUNG: EUGH KONKRETISIERT INFORMATIONSPFLICHTEN

Ein Unternehmer, der auf seiner Webseite seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) für Kauf- und Dienstleistungsverträge zugänglich macht, jedoch keine Verbraucherverträge über die Webseite schließt, muss gleichwohl in den AGB über die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle informieren, sofern er sich verpflichtet hat oder verpflichtet ist, diese zur Streitbeilegung einzuschalten. Es ist nicht ausreichend, dass der Unternehmer die Informationen in anderen auf der Webseite zugänglichen Dokumenten oder unter anderen Reitern der Webseite aufführt. Ebenso wenig ist es ausreichend, wenn der Unternehmer dem Verbraucher diese Informationen bei Abschluss des Vertrags, für die die AGB gelten, mittels eines gesonderten Dokuments zur Verfügung stellt, so der EuGH mit Urteil v. 25.6.2020 in der Rechtssache C-380/19. Das Urteil ist auf ein Vorabentscheidungsersuchen des OLG Düsseldorf in einem Verfahren des vzbv gegen die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG ergangen. Die abschließende Entscheidung des OLG Düsseldorf steht noch aus.



NOTIZEN

NEUE SCHLICHTERIN FÜR DIE RECHTSANWÄLTE

Elisabeth Mette ist neue Schlichterin der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft. Die ehemalige Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat zum 15.7.2020 die Nachfolge von Prof. Dr. Reinhard Gaier, Richter am Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof a.D., angetreten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

BVI Bundesverband Investment und Asset
Management e.V.

REDAKTION

Büro der Ombudsstelle des BVI
+49 30 6 44 90 46-0
info@ombudsstelle-investmentfonds.de

Die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI ist vom Bundesamt für Justiz anerkannte private Verbraucherschlichtungsstelle im Finanzbereich, insbesondere zur alternativen Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten über Geldanlagen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch.